

Haushaltsrede für den Haushalt 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
liebe Bürgerinnen und Bürger – auch an den
Bildschirmen im Livestream,

Haushaltsreden sind selten leichte Kost. Aber sie sind
der Moment der Wahrheit. Denn im Haushalt steht nicht
nur, was wir uns wünschen – im Haushalt steht, was
wir uns leisten können. Und vor allem: was wir
kommenden Generationen zumuten.

Im letzten Jahr habe ich gesagt: Die
Herausforderungen werden größer.
Heute müssen wir feststellen: Sie sind größer
geworden, als wir es uns vorstellen wollten.

Der Krieg in der Ukraine dauert an. Ein Ende ist nicht in
Sicht, solange Wladimir Putin nicht einlenkt.
Gleichzeitig erleben wir mit Donald Trump eine Politik,
die Europa vor neue Unsicherheiten stellt. Das sind
keine abstrakten Weltbühnen-Themen – das wirkt sich
auf Energiepreise, Baukosten, Zinsen und damit direkt
auf unseren kommunalen Haushalt aus.

Und ja: Positiv ist, dass die Flüchtlingszahlen zurückgehen. Aber die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen bleibt. Das Sondervermögen des Bundes ist eine Hilfe – aber es ist kein Allheilmittel. Wer glaubt, damit ließen sich strukturelle Defizite dauerhaft kaschieren, der betreibt finanzpolitische Kosmetik, aber keine solide Haushaltspolitik.

Trotzdem müssen wir damit umgehen und damit sind wir bei Nottuln.

Der Haushaltsentwurf 2026 weist ein Defizit von rund 4 Millionen Euro aus. Es steigen die Personal- sowie die Sach- und Dienstleistungskosten erneut deutlich. Wir sprechen hier nicht über Peanuts, sondern über strukturelle Kostensteigerungen, die sich Jahr für Jahr fortsetzen.

Wir haben in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen:

Hier liegt Einsparpotenzial. Hier braucht es Aufgabenkritik. Hier braucht es Prioritäten.

Unsere konkreten Kürzungsvorschläge – etwa bei der Straßenunterhaltung in Höhe von 500.000 Euro – wurden abgelehnt. Man kann politisch anderer Meinung sein. Aber man kann nicht auf der einen Seite Konsolidierung fordern und auf der anderen Seite jede konkrete Einsparung zurückweisen.

„Wer alles gleichzeitig will, bekommt am Ende nichts richtig.“ – Das ist kein Zitat aus einem Finanzlehrbuch, das ist gesunder Menschenverstand.

Wir brauchen endlich eine verbindliche, vom Rat beschlossene Prioritätenliste für größere Maßnahmen.

Nicht jede gute Idee ist im gleichen Jahr finanzierbar. Politik heißt auswählen. Politik heißt auch verzichten.

Die 2021 beschlossenen Konsolidierungsziele – Defizitreduzierung um 550.000 Euro pro Jahr, Verschuldungsobergrenze von 5 Millionen Euro – sind faktisch außer Kraft gesetzt. Heute stehen wir bei über 43 Millionen Euro Krediten inklusive Kreditermächtigungen. Dazu kommen weitere Darlehen – unter anderem an die Lerchenhorst eG.

Lassen Sie mich klar sagen:
Zum genossenschaftlichen Wohnungsbau stehen wir. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Lerchenhain war und ist ein zentrales sozialdemokratisches Anliegen. Bezahlbarer Wohnraum ist keine Ideologie – er ist soziale Infrastruktur.

Aber gerade, weil wir hinter der Idee stehen, erwarten wir Transparenz und wirtschaftliche Solidität. Beim Projekt „Azubi-Wohnen“ in Appelhülsen musste die Gemeinde bereits mit 700.000 Euro zusätzlich einspringen. Im Haushalt 2026 sind weitere rund 4 Millionen Euro als Darlehen eingestellt – ohne dass dem Rat zuvor belastbare Unterlagen zur Beratung vorgelegt wurden.

Meine Damen und Herren, Vertrauen ist gut – Haushaltsklarheit ist besser.

Ein weiteres Thema: der Hochwasserschutz. Nach unserem langem Drängen wurde zumindest eine Teillösung – die Renaturierung der Stever – beschlossen, umgesetzt durch die Wirtschaftsbetriebe des Kreises Coesfeld. Doch die Maßnahme wurde ins

nächste Jahr verschoben. Realistisch reden wir über eine Umsetzung frühestens Ende 2027.

Gleichzeitig wird über weitere Logistiksiedlungen mit erheblicher Flächenversiegelung gesprochen. Wer erst versiegelt und sich später um Hochwasserschutz kümmert, der setzt die falsche Reihenfolge. Klimaanpassung ist keine Randnotiz im Haushalt – sie ist eine Pflichtaufgabe.

Auch unsere Schulen brauchen weiterhin Investitionen. Das auf unsere Initiative aufgestockte Schulbudget muss weiterentwickelt werden. Bildung ist kein Kostenfaktor – sie ist die beste Rendite, die eine Kommune erzielen kann.

Bei den Grundstückserlösen erleben wir ebenfalls eine gewisse Erdung der Realität. Während im letzten Jahr noch 14 Millionen Euro für 2026 erwartet wurden, sind nun 9,5 Millionen veranschlagt – für Heitbrink, Hangenfeld II und Beisenbusch III. Wir hatten die 14 Millionen bezweifelt. Die jetzige Planung ist realistischer. Hoffen wir, dass sie diesmal auch tragfähig ist.

Denn die Wahrheit ist:

Unser Eigenkapital sinkt. Von jetzt knapp 40 Millionen Euro – perspektivisch unter 35 Millionen bis 2029.

Das hat Auswirkungen auf die Liquidität der Gemeinde, denn gleichzeitig stehen noch rund 10 Millionen Euro an Investitionen aus Vorjahren im Raum.

Das ist kein Spielraum, das ist ein enger Korridor.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Blick in die Presse. In einem Bericht über die Haushaltsklausur der CDU war zu lesen – ich zitiere sinngemäß:
Man müsse Ausgaben kritisch überprüfen, Prioritäten klar setzen und einen mindestens ausgeglichenen Haushalt anstreben sowie die Schulden schrittweise reduzieren.

Meine Damen und Herren, diesen Sätzen stimmen wir ausdrücklich zu.

Nur: Der vorliegende Haushalt 2026 ist davon weit entfernt.

Er priorisiert nicht ausreichend.

Er reduziert das strukturelle Defizit nicht.

Und er begrenzt die Verschuldung nicht.

Wir als SPD-Fraktion stehen für soziale Verantwortung und finanzielle Solidität. Beides gehört zusammen. Wer heute ohne klare Prioritäten immer neue Verpflichtungen eingeht, schränkt morgen die Handlungsfähigkeit ein.

Deshalb werden wir diesem Haushaltsentwurf 2026 nicht zustimmen.

Nicht aus Prinzip.

Nicht aus Opposition um der Opposition willen.

Sondern weil wir überzeugt sind:

Nottun braucht einen Haushalt mit klaren Prioritäten, verbindlicher Konsolidierung und echter Transparenz.

Wir sind jederzeit bereit, daran konstruktiv mitzuarbeiten.

Aber wir sind nicht bereit, einen Weg mitzugehen, der finanzpolitisch in die falsche Richtung führt.